

Beschluss

TOP I.7 Verbraucher-ADR und das Verhältnis zur Justiz

Berichterstattung: Niedersachsen

Die Justizministerinnen und Justizminister halten es aus Anlass der Umsetzung der ADR-Richtlinie für sachgerecht zu prüfen, ob im Interesse einer weiteren Verbesserung des Verbraucherschutzes Änderungen des Zivilprozessrechts erforderlich sind. Sie setzen deshalb unter Federführung Niedersachsens eine länderoffene Arbeitsgruppe ein, die diese Prüfung vornehmen soll. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird gebeten, sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen.